

Ministerium für Inneres, Kommunales,
Wohnen und Sport | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Finanzausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Geschäftsführung
Herrn Ole Schmidt

Ministerin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/861

13.02.2023

**Haushaltsentwurf des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport
hier: Rede von Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack in der gemeinsamen
Sitzung des Finanzausschusses und Innen- und Rechtsausschusses am 13.02.2023**

Anrede,

die Ausgaben des Innenministeriums betragen rd. eine Milliarde Euro.

Rund 50 Prozent der Ausgaben, das sind 506 Millionen Euro, werden im Innenministerium für das Personal aufgewendet, der größte Teil für die Polizei mit 446 Millionen Euro.

Im Haushaltsentwurf des Einzelplans 04 ist die Schaffung von vier weiteren Stellen für den Bevölkerungsschutz vorgesehen. Auf diesen Bereich komme ich später noch einmal zurück.

Für die Regionalplanung Wind stehen zusätzliche sieben Stellen im Haushalt. Wir wollen damit ein neues Referat in der Abteilung 6 aufbauen, um der Bedeutung des Themas gerecht zu werden. Die Windenergieplanung ist die Grundlage auf dem Weg zum ersten klimaneutralen Industrieland.

Für die Polizei werden echte 81 neue Stellen geschaffen. Die Differenz zum Haushaltsentwurf mit 164 Stellen entsteht durch die bereits vor drei Jahren eingestellten Anwärterinnen und Anwärter für das 500-er Paket und den Aufbau der 2. Einsatzhundertschaft einerseits, sowie dem nunmehr zu beschließenden Stellenaufbau für den weiteren Aufbau der 2. Einsatzhundertschaft andererseits.

Insbesondere wird der Aufbau der sog. „Cyber-Hundertschaft“ die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität stärken. Den Kampf gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen, Cyber-Angriffe, Hass und Hetze im Internet möchte ich an dieser Stelle explizit hervorheben. 20 neue Stellen werden mit dem Haushaltsentwurf 2023 angemeldet, von

denen 15 für den Aufbau einer sog. Cyberhundertschaft aufzubauen, und fünf Fünf Stellen davon werden für die Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vorgesehen sind.

Der Aufbau soll konsequent und zügig erfolgen, um möglichst schnell 100 Stellen für den Bereich Cyber geschaffen zu haben.

Zur externen Datenauswertung für die Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder sind darüber hinaus 250 Tausend Euro im Sachhaushalt angemeldet.

Für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Vermögensabschöpfung werden fünf neue Stellen eingeplant, des Weiteren zehn vom Bund finanzierte Stellen für das Programm „Polizei 2020“.

Für den dualen Studiengang zur Gewinnung von Nachwuchskräften im IT-Bereich der Polizei stehen fünf Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Ohne unmittelbare finanzielle Abbildung wird die Ruhegehaltfähigkeit der Zulagen bei Vollzugsbeamtinnen und –beamten wiedereingeführt. Dies betrifft nicht nur die Polizei, Verfassungsschutz und Feuerwehr, sondern auch die Steuerfahndung und den Justizvollzug.

Zum Sachhaushalt:

Für die Konzepterarbeitung zur Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft sind 0,1 Millionen Euro eingeplant.

Die dem Land entstehenden Kosten für die Durchführung der Kommunalwahl im Mai 2023 sind mit rd. 0,14 Millionen Euro eingeplant, hauptsächlich für die Leistungen des Statistikamts Nord zur Ermittlung und Präsentation der Wahlergebnisse, aber auch für die Bereitstellung von Wahlinformationen in anderen Sprachen sowie Leichter und Gebärdensprache.

Zur Förderung der Barrierefreiheit in kommunalen Sportstätten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wurden bei IMPULS zusätzlich 1 Million Euro veranschlagt, damit steigt der Ansatz auf 3,75 Millionen Euro.

Für den Bevölkerungsschutz in Schleswig-Holstein werden 4,5 Millionen Euro veranschlagt. Diese werden aus der gebildeten Rücklage von rund 24 Millionen Euro entnommen, aus der auch zukünftig die Bedarfe gedeckt werden können.

Zusätzliche Investitionen im Polizeibereich werden in Höhe von rd. 2 Millionen Euro veranschlagt, unter anderem für Schutzkleidung und Einsatzrüstung. Darüber hinaus stehen Mittel für die Ausstattung der Neubauten der polizeilichen Leitstelle in Harrislee und des Unterkunftsgebäudes bei der PDAFB zur Verfügung, ebenso für zwei Spezialfahrzeuge des Kampfmittelräumdienstes, wovon eins für Sprengstofftransporte vorgesehen ist.

Zum Schluss möchte ich natürlich die größte Steigerung in unserem Einzelplan nicht unerwähnt lassen:

Bei der Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen steigt der Landesanteil um zusätzliche 80 Millionen Euro.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Dr. Sabine Sütterlin-Waack